

Zürich

Unnötig oder ein Sicherheitsgewinn?

Beim geplanten Polizei- und Justizzentrum (PJZ) sind sich AL-Gemeinderat Niklaus Scherr und FDP-Kantonsrat Thomas Vogel uneins.

Mit Niklaus Scherr und Thomas Vogel sprach Beat Metzler

Herr Vogel, warum wollen Sie Polizei und Staatsanwaltschaften im PJZ zusammenlegen? Ist die jetzige Situation derart schlecht?

Thomas Vogel: Der Strafvollzug funktioniert. Und er wird nicht zusammenbrechen, wenn das PJZ nicht kommt. Aber es ergibt keinen Sinn, wenn Behörden, die täglich zusammenarbeiten, auf 30 Standorte verstreut in der Stadt liegen. Das PJZ würde die Kommunikation stark erleichtern. Und die Justiz effizienter machen. Zudem brauchen wir die geplanten Gefängnisplätze.

Aber die öffentliche Sicherheit hängt nicht vom PJZ ab?

Vogel: Nein. Doch dieses Kompetenzzentrum würde sie bedeutend erhöhen.

Niklaus Scherr: Ich staune. Bei allen Ausgaben unterscheidet die FDP zwischen «Nice-to-Have» und «Must-Have». Jetzt befürwortet ausgerechnet Ihre Partei, die so gerne Sparpakete schnürt, eine «Nice-to-Have»-Lösung.

Vogel: Sicherheit gehört zu den Kernaufgaben des Staats. In diese investiert die FDP immer gern - vielleicht lieber als Ihre Partei. Ausserdem hat sich das Volk 2003, als es dem Kanton finanziell schlechter ging, für das PJZ ausgesprochen. Diesen Auftrag respektieren wir.

Weshalb sollen Polizei und Staatsanwaltschaften im gleichen Gebäude tätig sein? Bisher hat man diese Behörden stets getrennt.

Scherr: Staatsrechtlich ist die Zusammenlegung fragwürdig. Wenn Staatsanwälte und Polizisten in der Kantine gemeinsam einzelne Fälle durchkauen, ritzt das die Gewaltentrennung.

Vogel: Staatsanwaltschaft und Polizei gehören beide zur Exekutive. Die Gewaltentrennung bleibt also bestehen. Anders wäre es mit den Gerichten. Aber diese kommen nicht ins PJZ.

Die Befürworter sprechen oft von Synergien. Können Sie ein Beispiel dafür geben, Herr Vogel?

Vogel: Heute haben alle Staatsanwaltschaften eigene Einvernahmerräume. Diese würden im PJZ zusammengelegt. Ebenso könnten Sitzungszimmer, Schulungs- und Verpflegungsräume gemeinsam genutzt werden. Ausserdem fallen die vielen Gefangenentransporte zwischen den einzelnen Institutionen weg.

Scherr: So viele sind das gar nicht, nur ein Zehntel der 40 000, die im ganzen Kanton anfallen. Die Einsparung beträgt pro Jahr 280 000 Franken. Ein Klacks! Und die Staatsanwaltschaften I und II verbleiben im Bezirksgebäude.

Durch die Synergien werde gespart, heisst es oft. Dieser Spareffekt wird aber nirgends beziffert. Wieso?

Vogel: Ich würde gern ein Papier zücken, das die Einsparungen hochrechnet. Doch dass das PJZ langfristig Kosten



Scherr (l.) und Vogel in den Räumen der Trudi-Demut-Stiftung, die im Güterbahnhof Zürich untergebracht ist. Foto: Tom Kawara

«Die Zusammenlegung ritzt an der Gewaltentrennung.»

Niklaus Scherr, AL-Gemeinderat, Zürich

senkt, liegt auf der Hand. Die heutige dezentrale Lösung ist auch nicht gratis. Man braucht keine teure Studie anzufertigen, um das zu erkennen.

Scherr: Ich zweifle daran. Sonst hätte der Regierungsrat diese Beträge längst angegeben. Der Unterhalt der Gebäude verteuert sich nachweislich. Unter Druck hat die Baudirektion zugegeben, dass die Nutzung des PJZ mindestens 12 Prozent mehr kosten würde als eine erweiterte, dezentrale Lösung.

Das PJZ hat sich in den letzten acht Jahren ständig verteuert. Momentan kostet es 568 Millionen Franken plus 55 Millionen gebundene Ausgaben. Wird es noch teurer?

Vogel: Sicher nicht. Man könnte es sogar nochmals um 10 Millionen verbilligen, wie es die vorbereitende Kommission des Kantonsrats getan hat. Zudem sind die energetischen Anforderungen in den letzten acht Jahren strenger geworden. Wenn man die Kosten, die dies bewirkte, abzieht, liegt der Anstieg seit 2003 nicht jenseits von Gut und Böse.

Scherr: Sie setzen auf das Prinzip Hoffnung. Alle meine Erfahrungen sprechen dagegen. Grossprojekte werden meist teurer als geplant. Sie beginnen mit gu-

ten Vorsätzen samt frisierten Kostenvorschlägen und enden in Kostenüberschreitungen, weil man alles perfekt ausführen will. Denken Sie an das Massnahmenzentrum Uitikon, das nun 39 statt 30 Millionen Franken kostet.

In acht Jahren hat es der Kanton nicht geschafft, mit dem Bau des PJZ zu beginnen. Kann man da noch Vertrauen haben?

Vogel: Die Vorgeschichte des PJZ ist kein Ruhmesblatt für die Regierung. Aber die Baudirektion hat aus den Fehlern gelernt - auch dank unserer Interventionen im Kantonsrat. Man kann nicht grundsätzlich bezweifeln, dass der Kanton Zürich fähig ist, ein Grossprojekt umzusetzen.

Scherr: Aber man muss bezweifeln, dass er es zum vorgegebenen Preis tut.

Kommen wir zur Kaserne, die durch das PJZ von der Kantonspolizei befreit würde. Darum haben Sie lange gerungen, Herr Scherr. Wieso nutzen Sie diese Chance nicht?

Scherr: In unserem Kampf um die Kaserne haben wir einiges erreicht: Der Zeughaushof steht frei, die Hälfte der Kasernenwiese ebenso. Seit 2003 aber herrscht Stillstand, der Kanton hat kein einziges konkretes Umnutzungsangebot gemacht. Ich bezweifle stark, ob er die Kaserne nach einem PJZ-Bau räumen wird. Die Zukunft des Areals bleibt nebulös. Man verkauft die Katze im Sack.

Vogel: Es ist logisch, dass es noch kein konkretes Projekt gibt. Solange das Poli-

«Soll man das Stadthaus räumen, um dort zu wohnen? Absurd.»

Thomas Vogel, FDP-Fraktionschef, Effretikon

zeigefängnis steht, ist jede Entwicklung blockiert. Nach dessen Aufhebung kann man wieder mit Diskutieren anfangen.

Scherr: An diesem Punkt waren wir schon oft. Und das Polizeigefängnis muss sowieso weg. Die provisorische Bewilligung läuft Ende Jahr aus. Damit verliert der Kanton seinen Erpressungsjoker. Ich will nicht den Güterbahnhof und 600 Millionen Franken opfern, nur um ein kleines Gefängnis wegzukriegen. Das wäre ein schlechter Tausch.

Linke Kreise möchten auf dem Güterbahnhof günstige Wohnungen erstellen. Wie realistisch ist das, wenn die SBB ihr Grundstück an den Meistbietenden verkaufen?

Scherr: Wir haben Druckmittel. Nach dem Verzicht auf das PJZ braucht es eine Umzonung. Darüber bestimmen Parlament und Stimmbürger. An der Zollstrasse und im Letzibach haben wir den SBB gemeinnützige Wohnungen abgetrotzt. Bei der jetzigen Stimmung in Zürich wäre ein zweiter Stadtraum HB nicht mehr möglich. Zudem träte ohne PJZ der Denkmalschutz wieder in Kraft. Das mindert den Wert des Areals.

Vogel: Für Wohnungen ist es zu spät. Den Vorschlag hätten Sie 2003 bringen

Das Quartier will kein PJZ

Das Komitee «JA K.E.i.N. PJZ!» bekämpft das Polizei- und Justizzentrum auf dem Areal des Güterbahnhofs. Dieses verhindere dringend nötige Wohnungen und zerstöre den für den Kreis 4 identitätsbildenden Güterbahnhof, erklärte gestern AL-Gemeinderat Richard Wolff. Das Komitee, hinter dem Quartierverein, Heimatschutz, Baugenossenschaften und links-alternative Gruppen stehen, bezeichnet eine gemischte Nutzung des Areals als realistisch. Es gebe Investoren, die dort rund 500 Wohnungen bauen würden. Dies zeigten eine Prüfung durch Spezialisten und Beispiele aus anderen Städten. (bat)

sollen, bevor die 60 Millionen für die Planung ausgegeben wurden. Jetzt kommen alle mit lustigen Ideen. Das ist Prinzip Hoffnung im Quadrat. Die Zukunft des Areals ohne PJZ ist völlig unklar.

Scherr: Wir haben seriöse Abklärungen getroffen. Es gibt Investoren wie Pensionskassen, die an einem Kauf interessiert sind. Dieses Areal bietet ein Stück Zukunft für den Kreis 4 und Zürich. Das PJZ wäre eine abgeschottete Zone. Davon hätten wir nichts.

Vogel: Damit stellen Sie Ihre lokalen Interessen über allgemeinere Überlegungen zur Sicherheit.

Scherr: Das stimmt. Doch Sie wohnen in Effretikon, das im Gegensatz zu Zürich keine Zentrumslasten trägt. Als Stadtzürcher darf man auch manchmal für die Stadt schauen.

Vogel: Die Zentrumslasten lässt sich Zürich nicht zu knapp abgelten. Auch das Wohnungsargument kann man jetzt überall bringen. Soll man nicht das Stadthaus räumen, weil es sich dort sehr schön leben liesse? Absurd.

Warum müssen Gefängnisse, Polizei und Staatsanwaltschaft dort stehen, wo viele Menschen wohnen wollen?

Vogel: Man kann das nicht gegeneinander ausspielen. Der Güterbahnhof ist der beste PJZ-Standort, wie eine Evaluation ergeben und das Volk bestätigt hat. Die Polizei muss dort sein, wos passiert, zentral im Kanton und nahe der City.

Scherr: Für die Sicherheit in Zürich sorgt die Stadtpolizei. Im PJZ sässe die Kantonspolizei in einem Flaschenhals, auf der Hohlstrasse als einziger Zufahrt gibt es oft Stau. Auch für ein Gefängnis besitzt der Kanton bessere Grundstücke - etwa das Zeughaus in der Binz.

Abstimmung Komplizierte Frage

Die Abstimmungssituation ist verwirrend: Wer gegen den Bau des PJZ ist, muss am 4. September Ja stimmen. Wer das PJZ befürwortet, muss Nein stimmen, sodass das Gesetz, welches das Volk 2003 beschlossen hat und das den Bau des PJZ vorsieht, in Kraft bleibt. Für das PJZ sind SP, FDP, CVP, BDP und EVP, dagegen SVP, Grüne, Grünliberale, EDU und AL. (bat)

33 Prozent gemeinnützige Wohnungen in Zürich

Der Gemeinderat will im Wohnungsmarkt weniger Spekulation, dafür mehr Wohnungen für Familien und Senioren.

Von Georg Gindely

Zürich - Wenig freie Wohnungen, hohe Mieten: Das Thema Wohnen ist ein Dauerbrenner in der Stadt. SP und EVP haben deshalb gleich drei Volksinitiativen eingereicht. «Wohnen für alle» heisst die Initiative der SP: Sie verlangt, dass der Anteil der gemeinnützigen Wohnungen in der Stadt von heute 25 auf 33,3 Prozent im Jahr 2040 steigt. Die EVP fordert in ihren beiden Volksbegehren «Familiengerechte Stadt Zürich» sowie «Seniorengerechte Stadt Zürich» mehr Wohnungen für Senioren und Familien.

Gestern Abend haben nun beide Parteien ihre Begehren zurückgezogen, für die sie zwischen 3500 und 4100 Unterschriften gesammelt hatten. Sie unterstützten dafür einen von der Finanzkommission des Gemeinderats ausge-

arbeiteten Gegenvorschlag, der die Anliegen der drei Initiativen vereint. Dieser fordert zwar ebenso wie die SP-Initiative einen Anteil von gemeinnützigen Wohnungen mit Kostenmiete von 33 Prozent, verzichtet aber auf eine Frist und formuliert das Ziel unverbindlicher: Neu muss es der Stadtrat anstreben; laut der SP hätte er es gewährleisten müssen.

Der Gemeinderat hat diesem Gegenvorschlag gestern mit 69 zu 45 zugestimmt. SP, Grüne, CVP, EVP, AL und SD waren dafür, SVP, FDP und Grünliberale dagegen.

«Yuppies rein, Arme raus»

Von einem «Meilenstein für Zürich» sprach SP-Gemeinderätin Jacqueline Baran, welche die Initiative lanciert hatte. CVP-Gemeinderat Daniel Meier sagte: «Selbst die liberalsten FDP-Politiker müssten gemerkt haben, dass man die Lösung des Problems nicht einfach dem Markt überlassen kann.» Er sehe nicht ein, was schlecht daran sein solle, gewisse Wohnungen der Spekulation zu entziehen. Der Markt sei aufgeheizt, findet Kathy Steiner von den Grünen. «Im

Moment heisst es in Zürich: Yuppies rein, Arme raus. Dagegen wehren wir uns.» Es gehe bei der Vorlage nicht um eine Umverteilung oder um die Subventionierung von Wohnungen: Die Genossenschaften würden faire Kostenmieten verlangen, sagte AL-Gemeinderat Niklaus Scherr.

Laut Cäcilia Hänni (FDP) verschärft die Vorlage das Problem, statt es zu lösen. Hinter dem Anteil von einem Viertel gemeinnütziger Wohnungen stehe die FDP. Durch die Steigerung auf ein Drittel würden die Preise der anderen Wohnungen aber noch mehr steigen. Eine Durchmischung finde dann gar nicht mehr statt. Um die Situation zu entspannen, müssten vor allem Wohnungen gebaut werden. Dort hätten Private die Vorreiterrolle übernommen.

Auch GLP-Gemeinderat Matthias Wiesmann kritisierte die Vorlage: «Alle müssen dafür zahlen, dass einige günstig wohnen können - wer aber entscheidet, wer einziehen darf?» Laut Bernhard Im Oberdorf (SVP) ist die «unendliche Zuwanderung» schuld am Wohnungsproblem. Die SP-Initiative atme «Ostblock-Mentalität».

Gemeinderat Zürich

Zwei neue Mitglieder

Gleich zwei neue Gemeinderätinnen haben gestern ihre Tätigkeit aufgenommen: Gabriela Rothenfluh ersetzt die zurückgetretene Myriam Barzotto (beide SP), Michèle Halser-Furrer tritt die Nachfolge des ebenfalls zurückgetretenen Peter Anderegg an (beide EVP).

Für einen starken Finanzplatz

Die SVP forderte den Stadtrat in einer Fraktionserklärung dazu auf, sich «vorbehaltlos und öffentlich für einen starken Finanzplatz ohne Einmischung von aussen starkzumachen». Übermässige Regulierungen und das aufgegebene Bankgeheimnis hätten dazu geführt, dass die Margen bei den Banken massiv einbrechen und damit auch die Steuererträge kleiner würden.

Pensionskasse: Sparbeiträge erhöht

Der Gemeinderat hat für die Pensionskasse der Stadt Zürich die Sparbeiträge erhöht. Er reagiert damit auf eine Verminderung des Deckungsgrades aufgrund der angespannten Finanzlage. Der Gemeinderat hat der Vorlage mit 95 zu 19 Stimmen zugestimmt. Einzig die SVP war dagegen. (gg)

Die SP Schlieren fragt, wo der Schuh drückt

Schlieren - Die Stadt wächst rasant: im letzten Jahrzehnt von 12 000 auf 16 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Für die nächsten zwei Jahre werden Zuzüge von nochmals 2000 Personen erwartet. Nun soll eine Umfrage ermitteln, wie sich dieser Boom auf das Lebensgefühl auswirkt. Die SP Schlieren stellte gestern den Medien einen Fragebogen vor, welcher dieser Tage in alle Haushaltungen verteilt wird und ab heute online ist. Laut SP-Gemeinderätin Béatrice Miller will man damit ermitteln, welche Bedürfnisse die Bevölkerung hat, um Behörden, Investoren und Verwaltung Anhaltspunkte zu geben, wohin sich die Stadt entwickeln soll. «Denn Lebensqualität kann nicht nur mit dem Bruttozonalprodukt erfasst werden.» SP-Ortspräsidentin Béatrice Bürgin betonte, dass die detaillierten Resultate allen Interessierten zur Verfügung gestellt würden. Die Umfrage dauert bis Anfang Oktober, die Auswertung wird Ende Oktober publik gemacht. (net)

www.umfrageschlieren.ch